

## Antrag

**der Abgeordneten Stefan Keuter, Matthias Moosdorf, Markus Frohnmaier, Dr. Alexander Gauland, Joachim Wundrak, Steffen Kotré, Gerold Otten, Eugen Schmidt, Beatrix von Storch, Dr. Christina Baum, Marc Bernhard, René Bochmann, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD**

### **Mit den ASEAN-Staaten die Rohstoffpartnerschaften evaluieren und die Rohstoff- und Sicherheitsaußenpolitik gestalten**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die weltweiten Rohstoffexportbeschränkungen haben sich in den letzten zehn Jahren mehr als verfünffacht<sup>1</sup>. Dies stellt eine zunehmende Bedrohung für die Rohstoff- und Energieversorgungssicherheit Deutschlands dar. Über 60 % der befragten deutschen Industrieunternehmen gaben an, im Jahr 2022 von Produktionsbehinderungen durch Rohstoff- und Vormaterialknappheit betroffen zu sein<sup>2</sup>.

Die Rohstoffpartnerschaften der Bundesregierung mit der Mongolei (seit 2011), Kasachstan (seit 2012), Chile (seit 2013) und Peru (seit 2014) haben ihr Hauptziel, die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft widerstandsfähiger zu gestalten, bisher nicht erreicht. Die Bundesregierung unterstützte die Rohstoffpartnerschaften von 2015 bis 2020 mit 6,7 Millionen Euro, davon 1,4 Millionen Euro für drei Projekte in der Mongolei. Ab 2019 wird nur noch ein Projekt fortgeführt<sup>3</sup>. In der Mitteilung des Bundesrechnungshofes zur Prüfung der Rohstoffpartnerschaften 2021 wird darauf hingewiesen, dass viele Projektvorschläge wegen mangelnden Interesses der deutschen Wirtschaft oder Finanzierungsproblemen nicht umgesetzt werden können. Aufgrund der fehlenden Erfolgskontrolle der durchgeführten Projekte sei unklar, ob die seit Jahren verausgabten Mittel den Erwartungen des Haushaltsgesetzgebers entsprechen und ob andere Projekte die gesetzten Ziele besser erreicht hätten<sup>4</sup>. Neben der Evaluierung bestehender Partnerschaften ist es für Deutschland wichtig, die Zusammenarbeit mit potenziellen neuen Rohstoffpartnern durch alternative Modelle zu diversifizieren.

<sup>1</sup> <https://www.miningscout.de/blog/2023/04/12/oecd-kritische-mineralien-fallen-immer-haeufiger-unter-exportbeschaenkungen>

<sup>2</sup> <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Industrie-Verarbeitendes-Gewerbe/materi-alknappheit-industrieaktivitaet.html>

<sup>3</sup> [https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2022/rohstoffpartnerschaften-volltext.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2022/rohstoffpartnerschaften-volltext.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

<sup>4</sup> Ebd.

Die südostasiatische Staatengemeinschaft ASEAN (Brunei Darussalam, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam) gehört zu den wachstumsstärksten Regionen der Welt: Zwischen 2012 und 2021 verzeichnete die ASEAN jedes Jahr im Durchschnitt ein reales Wirtschaftswachstum von knapp 4,1 Prozent<sup>5</sup>. Der europäische Außenhandel mit den ASEAN-Ländern hat sich zwischen 2002 und 2021 mehr als verdoppelt. Wichtige Schwellenländer wie Indonesien, Thailand und Vietnam schaffen es zunehmend, ihre Industrieparks als Alternative zu Fabriken in China in globalen Lieferketten zu etablieren.

Die ASEAN-Staaten verfügen nicht nur über einen großen Markt mit einer schnell wachsenden Mittelschicht, sondern auch über riesige Reserven einiger kritischer Mineralien: 27 % der weltweiten Nickelreserven, 32 % des Zinns (z.B. für Photovoltaikmodule), 36 % der Seltenen Erden und 22% des Bauxits<sup>6</sup>. In den globalen Lieferketten spielen sie eine wichtigere Rolle als Afrika und Lateinamerika: In Südostasien werden Halbleiter und verschiedene Mineralien für Lithium-Ionen-Batterien produziert, Vietnam und Malaysia sind die zweit- und drittgrößten Hersteller von Photovoltaikmodulen (nach China), und Länder wie Thailand versuchen, sich als Hersteller von Elektrofahrzeugen zu etablieren<sup>7</sup>. Malaysia ist nach China der zweitgrößte Exporteur Seltener Erden in die EU im Jahr 2022<sup>8</sup>.

Die Bundesregierung setzt in der Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten Schwerpunkte in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz, Menschenrechte, Migration und Bekämpfung islamistischer Tendenzen, wobei nach Auffassung der Antragssteller zumindest die beiden letztgenannten – nicht die Klimaschutzpolitik - im deutschen Interesse liegen.<sup>9</sup> Trotzdem sollte die Rohstoffkooperation nicht vernachlässigt werden. In den frühen 1990er Jahren gab es noch zahlreiche Kooperationsformate und Aktivitäten für die EU-ASEAN-Energiepartnerschaft, wie das EU-ASEAN Energy Facility Programme (EAEF) und den EU-ASEAN Senior Officials Energy Dialogue, die heute jedoch keine Rolle mehr spielen. Allein das EAEF-Programm hat zwischen 2002 und 2007 77 Projekte im Wert von 18 Millionen Euro gefördert<sup>10</sup>. Ob dieses Programm seine Ziele erreicht hat und welche Erfahrungen daraus für die zukünftige Strategie der Energiekooperation mit den ASEAN-Staaten gezogen werden können, kann heute aufgrund fehlender Evaluierung nicht nachvollzogen werden. Im Vergleich dazu bauen die USA und China ihre Energieaußenpolitik mit den ASEAN-Staaten aus. Außerhalb der jährlichen US-ASEAN-Energieministerkonferenzen hat die US-Regierung zahlreiche Initiativen (z.B. US-ASEAN Electric Vehicle Initiative, Clean EDGE Asia) gefördert, um die Partnerschaft mit ASEAN-Regierungen und -Unternehmen in den Bereichen Elektrofahrzeuge und kritische Rohstofflieferketten zu stärken<sup>11</sup>.

Die derzeit von der Bundesregierung (z.B. die Internationale Klimaschutzinitiative) und der Europäischen Union (die Just Energy Transition Partnerships) initiierten Programme zur Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten im Energiesektor sind unrealistisch, schon allein aus dem Grund, dass z.B. Kohle ein sehr günstiger Energieträger ist, der sich gerade für Schwellen- und Entwicklungsländer für eine schnelle Industrialisierung gut eignet. Laut einer Studie der GTAI werden Kohle und Gas bis 2040 die wichtigsten Energieträger (Gesamtanteil 70%) in den

<sup>5</sup> <https://www.gtai.de/de/trade/welt/asien/asean>

<sup>6</sup> <https://csep.org/blog/quad-asean-technology-cooperation-for-critical-minerals-supply-chains/>

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> <https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-eurostat-news/w/ddn-20231113-1>

<sup>9</sup> BT-Drucksache 19/4300

<sup>10</sup> [https://www.kas.de/c/document\\_library/get\\_file?uuid=3894c8bd-19ee-a9ad-0213-62277c7064d0&groupId=252038](https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=3894c8bd-19ee-a9ad-0213-62277c7064d0&groupId=252038)

<sup>11</sup> <https://asean.usmission.gov/fact-sheet-u-s-asean-comprehensive-strategic-partnership-one-year-on/>

ASEAN-Staaten bleiben<sup>12</sup>. So wurde die EU in Indonesien dafür kritisiert, Druck auf Indonesien auszuüben, „um eine schnellere Dekarbonisierung zu erreichen, ohne die sozioökonomischen und politischen Risiken eines solchen Vorgehens zu berücksichtigen“<sup>13</sup>.

Die ASEAN-Staaten setzen bei der Entwicklung ihres Rohstoff- und Energiesektors vor allem auf den Aufbau eigener Wertschöpfungsketten. Aufgrund des großen Entwicklungsgefälles zwischen den Mitgliedsstaaten stehen die ASEAN-Staaten, wie auch andere rohstoffreiche Länder des globalen Südens, noch vor vielen Herausforderungen, die sie in ihren nationalen Rohstoffsektoren bewältigen müssen. Dennoch ist eine punktuelle Zusammenarbeit mit den ASEAN-Staaten sinnvoll. Die deutsche Automobil- und Maschinenbauindustrie könnte die ASEAN-Staaten bei der Gewinnung von industrieller Kompetenz und Herstellung von Fertigprodukten unterstützen, z.B. durch Wissens- und Technologietransfer und die Ausbildung von Fachkräften<sup>14</sup>. Im Gegenzug könnten die ASEAN-Staaten Deutschland im Rahmen ihrer zunehmenden Exportkontrollen einen besseren Zugang zur Nutzung lokaler mineralischer Rohstoffe vermitteln.

Neben der Erschließung von Kooperationspotenzialen im Energie- und Rohstoffbereich liegt ein weiteres deutsches Interesse in der Region in der Sicherung der Seewege im Südchinesischen Meer. Fast ein Drittel des Welthandelsvolumens, ein Drittel des weltweit verschifften Rohöls und rund 40 % des EU-Außenhandels (ca. 900 Mrd. US-Dollar) werden jährlich über das Südchinesische Meer abgewickelt<sup>15 16</sup>. Aufgrund des Territorialkonflikts im Südchinesischen Meer haben China und andere Anrainerstaaten (Vietnam, Malaysia, Indonesien, Brunei, den Philippinen), darunter die meisten ASEAN-Staaten, den Auf- und Ausbau künstlicher Inseln und Stützpunkte vorangetrieben. Dies führt zu einer weiteren Erhöhung eines militärischen Konfliktpotenzials, da die Freiheit und Sicherheit der Seewege massiv beeinträchtigen und gravierende Folgen für die deutsche Wirtschaft haben kann.

Die ASEAN-Staaten und China haben im November 2002 eine gemeinsame Erklärung über Verhaltensregeln im Südchinesischen Meer unterzeichnet. Eine Einigung auf einen verbindlichen Verhaltenskodex konnte bisher jedoch nicht erzielt werden<sup>17</sup>. Deutschland und die Europäische Union sollten im Sinne des VN-Seerechtsübereinkommens rechtsverbindliche Verhaltenskodizes zwischen China und den Anrainerstaaten unterstützen. Als Mitglied des Sicherheitspolitischen Forums - ASEAN Regional Forum (ARF) könnte die Europäische Union ihre Erfahrungen bei der Lösung überregionaler Konflikte einbringen, z.B. die Dialogmechanismen der europäischen Staaten in der OSZE zur Konfliktprävention und -lösung.

<sup>12</sup> GTAI: Wachstumsmarkt ASEAN- Chancen in Südostasien, Ausgabe 2019, S.11.

<sup>13</sup> <https://carnegieeurope.eu/2023/07/04/eu-asean-climate-diplomacy-navigating-misperceptions-interests-and-opportunities-pub-90080>

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> [https://www.ceas.europa.eu/ceas/eu-asean-warum-wir-dringend-eine-engere-partnerschaft-brauchen\\_de](https://www.ceas.europa.eu/ceas/eu-asean-warum-wir-dringend-eine-engere-partnerschaft-brauchen_de)

<sup>16</sup> <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/261378/arktis-und-suedchinesisches-meer/>

<sup>17</sup> <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/261378/arktis-und-suedchinesisches-meer/>

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. für alle von der Bundesregierung geförderten Projekte in den Rohstoffpartnern Ländern Erfolgskontrollen durchzuführen. Die Ergebnisse sollen als Grundlage für Entscheidungen über die Zielerreichung und die Fortführung, Anpassung oder Beendigung der Maßnahmen dienen;
  2. die Auswahl der Rohstoffpartner und die Zusammenarbeit strategisch, zielorientiert und ressortübergreifend zu gestalten und dabei die Außen- und Entwicklungspolitik zu flankieren;
  3. die Ergebnisse und Maßnahmen der Rohstoffaußenpolitik gegenüber den ASEAN-Staaten in den letzten 20 Jahren zu evaluieren und Kooperationsmodelle mit den ASEAN-Staaten im Rohstoffsektor auszubauen, indem deutsche Interessen und Maßnahmen zur Hebung von Wertschöpfungspotentialen in den ASEAN-Staaten identifiziert werden;
  4. vor Abschluss von Rohstoff- und Energieprojekten in den ASEAN-Staaten das Interesse deutscher Unternehmen intensiv zu prüfen und in einen Dialog mit Unternehmen und Wirtschaftsverbänden einzutreten, um deren Interessen und Bereitschaft auszuloten;
  5. in Gesprächen mit den ASEAN-Staaten die Sicherheit der Lieferketten und den verbesserten Zugang zur Nutzung lokaler mineralischer Rohstoffe vor dem Hintergrund zunehmender Exportrestriktionen zu priorisieren. Im Gegenzug könnte Deutschland die ASEAN-Staaten beim Aufbau industrieller Kompetenzen und der Herstellung von Endprodukten unterstützen, z.B. durch Wissens- und Technologietransfer und die Ausbildung von Fachkräften;
  6. den Dialog mit den ASEAN-Staaten über Nachhaltigkeit und Standards in den Rohstofflieferketten mit dem klaren Fokus auf die mittel- und langfristige zu sichernde Liefertreue im Rahmen der Rohstoffsicherheitspartnerschaft (MSP), der G20, der G7, dem EU-ASEAN-Gipfel und anderer multilateraler Instrumente zu fördern;
  7. die Förderung von Projekten zur „Energie- und Klimawende“ in den ASEAN-Staaten unverzüglich einzustellen und die Zusammenarbeit in der Rohstoffaußenpolitik unter Berücksichtigung der lokalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungs Herausforderungen auf eine gegenseitig verstärkte Partizipation und vorteilhafte Zielsetzung mit Blick auf gegenseitige Prosperität umzustellen;
  8. die aktive Rolle der EU als Mitglied des ASEAN-Regionalforums (ARF) zu unterstützen. Deutschland und die EU sollen den Dialog mit anderen Mitgliedstaaten wie China und den ASEAN-Staaten über überregionale Konfliktlösungen intensivieren und gegebenenfalls die Erfahrungen in OSZE mit präventiver Diplomatie als Modell anbieten.

Berlin, den 27. Februar 2024

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**